

Juli Zeh

**Dankrede der Preisträgerin** (so wie sie gehalten wurde)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

genau wie die Jury des Preises habe auch ich mir viele Gedanken darüber gemacht, warum ich eigentlich den Hoffmann-von-Fallersleben-Preis für zeitkritische Literatur verdienen soll. Und ich habe diesen Überlegungen in Form einer Rede Ausdruck verliehen. Die habe ich – hier zeige ich Sie Ihnen kurz (hebt ein mehrseitiges Manuskript) – vorbereitet. Jetzt ist es aber so, dass meine Vorredner so viel über mich erzählt haben, und es auch wirklich – vor allem der liebe Wend Kässens – einfach viel besser wissen als ich selbst. Das fängt an mit der Anzahl der Bücher – 21 soll ich veröffentlicht haben? Das hätte ich nie gedacht. Auch die Anzahl der Studienabschlüsse halte ich für Übertreibung. Jedenfalls: Ich werde meine vorbereitete Rede jetzt einfach nicht halten. Wir können sie ja in den Materialien der Gesellschaft abdrucken und ich erzähle etwas anderes.

Es ist nämlich so, dass ich mich in den vergangenen Tagen ganz intensiv mit einer bestimmten Angelegenheit befasst habe. Und ich glaube, diese Sache passt so gut zum heutigen Anlass und zu Themen, die mich und Hoffmann von Fallersleben verbinden, dass es vielleicht gar nicht so unanschaulich ist, wenn ich Ihnen direkt einen Blick in die aktuelle Denkwerkstatt ermögliche, anstatt im Abstrakten zu erklären, warum ich etwas tue oder warum mich etwas interessiert.

Es hat sich vor Jahren ein tragisches Ereignis zugetragen, aus dem sich ein juristischer Fall ergeben hat. Dieser Fall interessiert und fasziniert mich auf wirklich geradezu bedrohliche Weise, weil sich darin sehr viele Themen miteinander verbinden und treffen, die mich schon lange beschäftigen. Es geht um Gesundheit im weitesten Sinne, um staatliche Eingriffe in das intime Leben der Menschen. Es geht um Körper, um Freiheit, um Freiheit der Entscheidung über den eigenen Körper. Es geht um die Frage, was Schuld bedeutet in Verbindung mit Krankheit, was Recht kann, was demgegenüber Ungerechtigkeit ist, was passiert, wenn sich das Individuum und der Staat gewissermaßen auf freier Wildbahn treffen.

Und jetzt erzähle ich, was passiert ist. Vor einigen Jahren haben sich zwei junge werdende Eltern entschlossen, ihr Kind per Hausgeburt zur Welt zu bringen, obwohl sich das Kind in einer sogenannten Beckenendlage befand. Das bedeutet, das Kind liegt verkehrt herum im Mutterleib, es kommt mit dem Steiß zuerst zur Welt. In solchen Fällen sieht die Schulmedizin vor, dass man einen Kaiserschnitt macht. Die offizielle Lehrmeinung sagt, Beckenendlage ist ein erhöhtes Risiko. Selbst wenn man eine sogenannte natürliche Geburt versuchen will, braucht man ärztlich geschultes Personal, man braucht die entsprechenden Geräte für den Notfall und so weiter.

Nun gibt es aber auch eine andere Auffassung, die meist nicht von Ärzten, sondern eher von Hebammen vertreten wird. Diese Auffassung sagt, Geburt ist niemals pathologisch, das ist ein natürlicher Vorgang. Wenn man eine gute Geburtsbegleitung hat, kann man das genauso gut auch zu Hause machen. Auch Beckenendlage kann also normale Geburt durchgeführt werden, sofern eine Hebamme dabei ist, die weiß, wie das geht.

Das sind zwei Denksysteme, Wissenssysteme, Meinungssysteme, die einander gegenüberstehen. Die Eltern in dem konkreten Fall hatten sich entschieden für das

hausgeburtliche Vorgehen. Und sie haben sich eine Geburtshelferin gesucht, die seit vielen Jahrzehnten tätig ist in Deutschland und spezialisiert ist auf solche Fälle der umgedrehten Lage im Mutterleib, also der Beckenendlage.

Jetzt kommt der tragische Teil. Sie vermuten das wahrscheinlich schon. Diese Geburt ist gewissermaßen schiefgegangen. Das Baby kam leblos, tot zur Welt. Nachdem die Hebamme, als sie es nicht schaffte, das Kind zu reanimieren, den Notarzt verständigen ließ und dieser dann kam, alarmierte der die Polizei. Daraufhin wurde eine staatsanwaltliche Untersuchung eingeleitet und Anklage erhoben gegen die Hebamme.

Der Grund, warum dieser Fall dann in der Öffentlichkeit auf ein sehr breites Interesse stieß: Es wurde nicht wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, was eigentlich nahe gelegen hätte, wenn man annahm, dass die Hebamme einen Fehler begangen hatte, dass sie zum Beispiel die Mutter in eine Klinik hätte verlegen müssen. In so einem Fall sagt man juristisch: Die Hebamme wusste, dass da ein Risiko war bei dem, was sie tut, und sie hat einen fachlichen Fehler begangen, indem sie die Geburt zu Hause durchführen wollte - wenn man das so betrachtet aus Sicht der Schulmedizin. Das ist dann Fahrlässigkeit oder grobe Fahrlässigkeit, und schon in einem solchen Fall hätte man trefflich darüber streiten können, wer oder was tatsächlich für den Tod des Kindes verantwortlich war, ob da tatsächlich ein „Fehler“ passiert ist, und wer darüber entscheidet, was ein Fehler ist, wenn sich die Eltern für diese Hausgeburt entschieden haben und sich zwei Wissenssysteme gegenüber stehen, die leider stark ideologisch aufgeladen sind.

Aber die Staatsanwaltschaft hat nicht wegen Fahrlässigkeit angeklagt, sondern wegen Vorsatz. Es wurde also unterstellt, die Hebamme habe den Tod dieses Kindes gewollt. Die Juristen sagen in der untersten Vorsatzstufe „billigend in Kauf genommen“. Das heißt, man weiß, es wird ein Schaden eintreten, der Tod wird eintreten, und es ist einem egal. Das wurde der Hebamme unterstellt.

Was da passiert ist, mussten wir schon öfter erleben in der Justiz. Berühmte Autoren haben darüber geschrieben. Kafka ist einer davon, der sich immer wieder auseinandergesetzt hat mit diesem Problem. Ein Apparat wendet sich an auf eine einzelne Person, und was dann vor Gericht verhandelt wird, ist in solchen Situationen nicht mehr ein rechtlicher Fall. Es geht nicht um die Anwendung von Regeln, sondern um den Kampf zwischen zwei ideologischen Systemen. Letztlich um die Frage: Wie weit reicht die Freiheit einer Frau, wenn sie einen Geburtsort wählt? Entscheidet der Einzelne oder der Staat über das Leben, und welches Risiko darf der Einzelne auf sich nehmen? Solche zutiefst grundsätzlichen Fragen, die mit diesem hoch sensiblen und sehr aufgeladenen Thema verbunden sind, haben sich in diesem Prozess und an dieser Angeklagten entladen.

Das hat Jahre gedauert, eine Fülle von Gutachten und so weiter und so fort. Irgendwann kam das Urteil, im Sommer letzten Jahres. Es wurde auf schuldig erkannt. Das war der erste Fall, in dem eine Geburtshelferin tatsächlich wegen Totschlag verurteilt wurde nach einer tragisch geendeten Geburt.

Jetzt schildere ich Ihnen kurz meine persönliche Haltung zur Frage Hausgeburt oder nicht, um mich selbst vom Ideologieverdacht freizuwaschen. Das wird jetzt ein bisschen persönlich, aber Sie wissen ja schon, warum ich letztes Jahr nicht hier war – ich war wieder hochschwanger. Also, ich selbst bin ein großer Fan der Hausgeburt und des Kaiserschnitts in jedem Fall, der vom Normalverlauf abweicht. Ich bin absolut kein Freund der Hausgeburt. Ich

selbst würde niemals eine vornehmen, und ich würde auch jeder anderen Frau raten: „Ist doch egal, geh doch in die Klinik. Ist doch besser im Notfall.“ Pragmatisch.

Aber viel wichtiger als das: Ich bin ein großer Fan der persönlichen Freiheit. Und deshalb würde ich jeder Frau zuerkennen, diese Wahl selbst zu treffen. Das ist meine persönliche Meinung zu dieser ganzen Frage.

Ich stehe also nicht politisch oder ideologisch auf Seiten der Hebamme, sondern aus meiner Sicht ist hier einfach ein Fehlurteil passiert. Und zwar ein klassischer Fall, wie gesagt, wo der Einzelne gewissermaßen missbraucht wird als Anwendungsfall für etwas Überindividuelles, nämlich für etwas Politisches, für etwas Ideologisches. Und das ist die Umschreibung von Unrecht. Das ist das, was wir seit Jahrzehnten versuchen auszumerzen aus unserem System, indem wir eine hochkomplexe demokratische Maschinerie errichtet haben, indem wir Rechtsstaatlichkeit pflegen, um zu vermeiden, dass am Exempel des Einzelnen etwas vollzogen wird, was mit diesem individuellen Fall eigentlich gar nichts zu tun hat.

Was dann passierte – jetzt muss ich ja langsam auch erklären, was der Hebammen-Fall mit Fallersleben und mir, also mit der Verbindung zwischen uns beiden zu tun hat: Schreibend, also kämpfend mit der Schreibfeder in der Hand, beschloss ich ins Gefecht zu ziehen und wollte über dieses Urteil, das im Sommer letzten Jahres erging, einen Text verfassen. Einen Text, in dem stand, dass es sich aus meiner juristischen und persönlichen Sicht um ein Fehlurteil handelt. Ich hatte damals eine Kolumne bei einem bekannten Hamburger Wochenmagazin und wollte in dieser Kolumne den Text über das Urteil veröffentlichen. Ich habe mit den Redakteuren darüber gesprochen. Die wiesen mich darauf hin, dass in der Woche zuvor in diesem gleichen Magazin ein ausführlicher Bericht erschienen war, in dem stand, warum dieses Urteil absolut korrekt sei: Weil die Hebamme so eine Art Serienmörderin ist, der endlich das Handwerk gelegt werden muss durch Haftstrafe. Ich fasse das pointiert zusammen – das stand da wirklich drin, nur eben auf 15 Seiten.

Ich sagte dann: „Ist mir bekannt, habe ich sogar gelesen. Aber nach meiner Auffassung ist ein Debattenmagazin doch gerade dazu da, dass einander widersprechende Meinung gedruckt werden.“ Dann sagten die Redakteure: „Ja, da ist was dran.“ Also gut. Gemeinsam redigierten und korrigierten wir meinen Text. Ich versuchte ein bisschen, den Bedenken, die dort immer noch herrschten, nachzugeben durch kosmetische Formulierungen und so weiter. Formuliert also meine Kritik an dem Gericht und der gesamten Prozessführung nicht zu scharf. Irgendwann sollte das in den Druck, die Fahne war da. Dann rief die Chefredaktion an und sagte „Erscheint nicht.“ Dann sagte ich „Warum?“ Dann wiederholte man das Argument, in der letzten Woche wäre ja ... Und dann sagte ich wieder das mit der Debatte und den Meinungen und dann hieß es: „Ja, kann sein, aber trotzdem – nein.“ Darauf sagte ich: „Dann glaube ich nicht, dass ich hier weiter tätig sein kann für diese Zeitung, wenn das die Art ist, wie mit der Freiheit von Meinung und geschriebenem Wort umgegangen wird.“ Dann hieß es, wenn das mein Standpunkt sei, müsse man den akzeptieren, und mit anderen Worten: tschüs. Das war das Ende dieser Zusammenarbeit

Über diese Anekdoten möchte ich nun zu etwas Allgemeinem kommen. Es gibt einen Grund, warum ich glaube – ich werde immer wieder darüber auch befragt –, warum es tatsächlich zwingend notwendig ist, dass sich gerade Schriftsteller am politischen Diskurs beteiligen. Man könnte ja eigentlich sagen, wir als Autoren sind für Literatur zuständig, wir haben von politischen Fragen, von wirtschaftlichen, ökonomischen gar nicht notwendig eine Ahnung. Wir sind keinerlei Experten mit keiner Expertise. Ich bin jetzt zufällig Juristin. Das hilft mir häufig, denn dann darf ich auch mal was sagen, wenn nur Männer dabei sind. Aber mein

rechtswissenschaftlicher Hintergrund ist nicht die wahre Legitimation für mein politisches Engagement, denn die meisten Schriftsteller sind ja Nicht-Juristen, und ich will keine Legitimation, die nur für mich persönlich gilt. Ich glaube etwas anderes: Wir Schriftsteller sind Normalbürger, gewissermaßen schreibende Normalbürger innerhalb der öffentlichen Debatte, und gerade deshalb unverzichtbar. Wir haben eine ganz besondere Stellung. Nämlich weil wir – und jetzt kommt wieder das große Hoffmann-von-Fallersleben-Wort – tatsächlich frei sind. Wir als Autoren stehen in einer beruflichen Situation ohne Vorgesetzten. Es gibt keinen Chefredakteur, der uns anrufen kann und sagen „das schreibst du anders“ oder „das wird gar nicht gedruckt“. Wir sind keine Politiker, die, wenn sie ihre Meinung äußern, Gefahr laufen, dass ein Parteivorsitzender ihnen dumm kommt. Wir sind auch keine Repräsentanten eines Wirtschaftsunternehmens, das irgendetwas verkaufen oder die Firma gut aussehen lassen muss. Wir sind auch nicht Angehörige des Wissenschaftsbetriebes, wir müssen keine Drittmittel eintreiben. Es gibt eigentlich, wenn ich so darüber nachdenke, außer vielleicht Straßenmusikanten kaum jemanden, der dermaßen frei ist wie wir. Und trotzdem schreiben wir, trotzdem werden wir gehört. Wir sind Hofnarren des öffentlichen Diskurses. Deshalb muss diese besondere Position existieren, sie muss ausgeübt und wahrgenommen werden.

Hier kommt mein Bekenntnis: Ich glaube, dass aus dieser besonderen Freiheit sogar eine Form von Verpflichtung für uns als Autoren entsteht. Zum einen müssen wir diese Freiheit bewahren. Das heißt, in solchen Fällen wie mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin ist es sozusagen nicht nur meine persönliche Entscheidung, ob ich da weiter mitmache oder nicht. Sondern in dem Moment, wo ich denen sage, wo sie mich mal können, spricht durch mich ein unverbrüchliches Prinzip. Nämlich dass ich mir als freie Autorin, die gelegentlich auch für eine Zeitung textet, auf keinen Fall sagen lassen werde, was ich schreibe oder nicht. Das ist ein No-Go. Es ist eben nicht meine private Entscheidung, sondern ich bin in dem Moment Repräsentantin meiner besonderen Position. Und die habe ich gefälligst zu bewahren.

Und das Zweite ist – und dafür werden mich jetzt viele Kollegen hassen, aber das macht auch nichts –, dass ich sogar glaube, dass wir als Autoren eine gewisse Verpflichtung haben, diese Freiheit überhaupt erst einmal zu benutzen. Natürlich kann man jetzt nicht ernsthaft einem konkret existierenden Kollegen sagen: „Du bist verpflichtet, jetzt einen Essay zu schreiben für die ZEIT, in dem du dich zur Griechenland-Krise äusserst.“ Im Einzelfall kann man so eine Obligation nicht formulieren, das wäre absurd. Aber als Berufsgruppe sind wir dazu verpflichtet. Jeder Autor muss das Politische in seinem Denken und Schreiben immer für möglich halten, er muss es in Erwägung ziehen, sich politisch zu äußern. Vielleicht entscheidet er sich in hundert Fällen dagegen, aber nicht prinzipiell, sondern weil er hundert Mal nichts Wichtiges zu sagen hatte. Im hundertersten Fall wird er aber doch den Mund aufmachen – und diese Möglichkeit, diese Option hat sein gesamtes Werk begleitet. Das ist wichtig. Wir Autoren dürfen uns nicht (wie es leider immer wieder geschieht) prinzipiell verabschieden vom Gesellschaftlichen und von der Politik. Damit üben wir Verrat an der besonderen Freiheit, die uns geschenkt ist.

Es ist heute gerade durch Zufall zeitgleich und noch nicht einmal so weit von hier, nämlich in Lübeck, eine Gedenkfeier, die findet gerade statt oder ist gerade zu Ende, wo jemand verabschiedet wird, der gewissermaßen der Prototypus des politischen Schriftstellers in diesem Land war. Das wissen Sie alle, Sie alle kennen Günter Grass. Was vielleicht nicht jeder weiß, ist, dass sich Grass hinter den Kulissen ganz vehement und ich glaube wirklich auch mit echtem Herzblut eingesetzt hat für die Förderung von jüngeren politisch arbeitenden Autoren. Weil er nämlich wie viele andere auch den Eindruck hatte, das politische Engagement von Schriftstellern stirbt aus. Und ich glaube, dass er gerade in den letzten Jahren seines Lebens frustriert war oder doch zumindest, sage ich mal, nicht unbedingt positiv

verwundert, dass die Anzahl der aktiven Autoren abzunehmen scheint. Dass es in meiner Generation und in den noch jüngeren Generationen nicht mehr, sondern weniger Schriftsteller gibt, die bereit sind, am politischen Diskurs teilzunehmen. Und das obwohl – oder paradoxerweise vielleicht sogar weil – wir nichts Konkretes zu befürchten haben, wenn wir den Mund aufmachen. Anders als Hoffmann von Fallersleben werden wir nicht exiliert. Vielleicht dürfen wir mal nicht wo rein, in die USA oder so – das ist zu verschmerzen. Wir bekommen kein Berufsverbot, wir werden nicht drangsaliert, schon gar nicht ins Gefängnis geworfen. Wir werden vielleicht genauso wie Hoffmann von Fallersleben rund um die Uhr bespitzelt. Aber das ist ja kein Zeichen von politischer Qualität mehr, das passiert ja sogar der Kanzlerin. Im Grunde haben wir es leicht. Vielleicht gerade weil wir es so leicht haben, scheinen immer weniger Leute mitzumachen.

Und jetzt halte ich noch eine kurze Verteidigungsrede. In gewisser Weise auch noch posthum an Günter Grass gerichtet und ihm nachgeschickt, obwohl ich ihm das auch schon zu Lebzeiten persönlich gesagt habe. Ich verstehe den Schmerz oder die Sorge bei dieser Diagnose, es sei etwas Unpolitisches über uns gekommen, vielleicht auch nicht nur über die Autoren, sondern über die ganze Gesellschaft. Man zieht sich zurück ins Private. Der Bürger politisiert inzwischen noch nicht einmal mehr in der Kneipe, der politisiert überhaupt nicht mehr. Das ist so der Eindruck. Aber wir müssen berücksichtigen, dass sich das Erscheinungsbild des öffentlichen Diskurses radikal verändert hat.

Zu der Zeit von Günter Grass waren es wenige und deutlich erkennbare und bekannte Figuren, die den Diskurs in den Händen hatten wie die Fäden eines Marionettenspiels. Die Leute, die überhaupt etwas sagen durften und dann auch die entsprechende Beachtung gefunden haben, konnte man an zwei Händen abzählen. Wenn jemand wie Grass oder andere aus dieser Liga etwas äußerten, hat das unter Umständen in der nächsten Woche ein Cover auf dem SPIEGEL erzeugt. Die konnten Themen auf die Agenda setzen und das wurde dann wochenlang besprochen. Das war der Grad des Einflusses. Da lag die Deutungshoheit in den Händen weniger. Das hat Vorteile für die Strukturiertheit und Erkennbarkeit des Diskurses, aber Nachteile für alle die, die nicht Günter Grass sind. Weil die nämlich nicht mitreden durften.

Heute ist es so, dass zum Beispiel Frauen, Leute unter achtzig, vielleicht sogar Leute mit Migrationshintergrund, Nicht-Akademiker – wie auch immer: eine viel diversere Anzahl und größere Gruppe von Menschen sich an diesem Diskurs beteiligen. Und der Anteil am Aufmerksamkeitskuchen ist deshalb für uns alle ein bisschen kleiner geworden. Die Sichtbarkeit sinkt, nicht unbedingt die Leidenschaftlichkeit des Engagements. Ich spreche damit gleichzeitig auch für viele befreundete, bekannte Autoren, die höchst engagiert sind, aber eben nicht immer die Wahrnehmungsschwelle übersteigen, sondern gezwungen sind, unter dem Radar zu fliegen mit dem, was sie eigentlich tun wollen. Nur weil eine bestimmte Meinung, eine Auffassung oder eine politische Intervention nicht in der ZEIT oder FAZ, sondern in einem privaten Blog erscheint, ist sie nicht weniger wert. Es ist trotzdem politisches Engagement von einem Autor, der sich an die Öffentlichkeit wenden will.

Und jetzt noch ein kleiner Appell an das, was wir die Medienwelt nennen. Wenn man besser hingucken würde und solchen Leuten eben auch öfter mal ein breites Forum öffnen würde, und wenn man vielleicht auch mal einen Beitrag, der geschrieben wird, in der nächsten Ausgabe der Zeitung beantworten würde, damit ein echter Dialog stattfindet, anstatt immer jedes Thema nach 24 Stunden wieder zu beerdigen, weil man dem Publikum nicht zumutet, sich länger als ein paar Minuten auf eine Sache konzentrieren zu können – wenn also etwas mehr Sorgfalt im Umgang mit diesem Diskurs geübt würde, dann käme vielleicht auch bald

niemand mehr auf die Idee, dass die Schriftstellerschaft und überhaupt die ganze Gesellschaft unpolitisch geworden sei.

Vielen Dank.